



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

13.12.2006

Kurzinformation über die Problematik „vergessener“ NS-Zwangsarbeiter/innen

- Zehntausende ehemaliger Zwangsarbeiter haben Entschädigungsanträge beim Internationalen Suchdienst (ISD) des Roten Kreuzes eingereicht, weil der ISD eine ihnen bekannte Einrichtung und ohnehin für die Nachweisbeschaffung zuständig war. Das Stiftungskuratorium wertete solche Eingaben an den ISD als „fristwahrende Anträge“, wenn sie beim ISD bis zum 31. 12. 2001 eingegangen waren.
- Der ISD produzierte in der Folge einen gigantischen Datenstau. Im April 2003 erhielt er von der Stiftung 221.000 Euro für die Weiterleitung der Anträge bis Herbst 2003, hielt sich aber nicht an die Vereinbarung. Im November 2004 teilte er mit, er vermute unter einer Million bislang nicht gesichteter Briefe noch rund 5000 Anträge.
- Eine letzte Frist seitens des Kuratoriums verstrich am 30. September 2005. Die meisten Partnerorganisationen bearbeiten seither keine vom ISD nachgereichten Vorgänge mehr. Die Internationale Organisation für Migration hat bereits vor diesem Stichtag keine Anträge mehr bearbeitet.

Am 30. 9. 2005 endete die stiftungsinterne Ausschlussfrist, am 30. 9. 2006 endete die gesetzliche Verfallsfrist, seither dürfen keine Neuanträge mehr bearbeitet werden. Doch auch zwischen diesen beiden Daten hat der ISD Anträge weitergeleitet.

- die **tschechische Stiftung** erhielt zwischen dem 30. 9. 2005 und dem 30. 9. 2006 458 Vorgänge, bei denen es sich „zumeist“ nicht um fristwahrende Anträge gehalten habe. Unklar ist, ob die Vorgänge noch bearbeitet wurden.
- **Polen**: zwischen 30. 9. 2005 und 30. 9. 2006 gingen 920 Vorgänge ein, die „im Wesentlichen“ keine Neuanträge waren. Unklar ist, ob die Vorgänge bearbeitet wurden.
- **IOM**: hier trafen noch bis September 2006 Vorgänge ein, alleine im März 2006 1500 Briefe. Diese wurden nicht mehr bearbeitet.
- **Ukraine**: zwischen 30. 9. 2005 und 30. 9. 2006 gingen 1461 Vorgänge ein. Darunter waren 20 bislang nicht erfasste Neuanträge und 45 Anträge auf Höherstufung. Sie wurden nicht bearbeitet.
- **Weißrussland**: die Stiftung dort ist die einzige, die auch nach dem 30. 9. 2005 bis zum 30. 9. 2006 noch Vorgänge bearbeitet hat (davon waren sechs neu erfasste und leistungsberechtigte Antragsteller)
- Aus **Russland** liegen keine Informationen darüber vor, wie viele Vorgänge nach dem 30. 9. 2005 noch vom ISD übermittelt worden sind und ob diese bearbeitet wurden.

(Zahlen basieren auf von mir angeregter Recherche bei den Partnerorganisationen)

Der ISD hat seit dem 30. 9. 2005 noch 494 fristwahrende Anträge weitergereicht sowie mehrere Tausend andere Vorgänge (Anträge auf Höherstufung u. a.) – mit Ausnahme der weißrussischen Stiftung blieben diese Vorgänge unbearbeitet.

Seit dem 30. 9. 2006 hat der ISD keine fristwahrenden Anträge mehr „identifiziert“ und leitet keine mehr weiter – weil alle Fristen verstrichen sind. So bleibt unklar, wie viele Anträge bis heute noch beim ISD liegen.



Ulla Jelpke

Mitglied des Deutschen Bundestages

Fazit:

Mehrere Tausend Anfragen, Neuanträge und Anträge auf Höherstufung von Zwangsarbeitern sind regelrecht verschlampt worden. So lange sie nicht bearbeitet werden, bleibt es eine offene Frage, wie viele davon tatsächlich leistungsberechtigt gewesen wären. Die Zahl derjenigen Zwangsarbeiter kleinzurechnen, denen unverschuldet die Entschädigung vorenthalten wird, ist durch die bislang vorliegenden Zahlen nicht gerechtfertigt (das zeigen schon die unpräzisen Angaben der Partnerorganisationen – „im wesentlichen“, „zumeist“).

Eine weitere offene Frage ist, wie viele Vorgänge heute noch unerledigt beim ISD liegen. Die Bundesregierung verweist auf die Rechtslage und sieht keinerlei Handlungsbedarf (Antwort auf meine Frage vom 6. Dezember 2006).

Aufgaben:

- Klarheit über die Zahlen herstellen
- Feststellen, dass alle Zwangsarbeiter, deren Anträge jahrelang in der Entschädigungsbürokratie hängen geblieben sind, selbstverständlich einen politischen und moralischen Anspruch auf Entschädigung haben
- Bundesregierung und Bundestag müssen die entsprechenden juristischen Möglichkeiten dafür schaffen.

www.ulla-jelpke.de